

Amer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1999

Nr. 83

Mittwoch, den 10. April 1929

24. Jahrgang

Engländer in Sowjetrußland.

In Moskau und Leningrad — Eindrücke und Erfahrungen —
Scheitern für die Zukunft

Moskau wirkt in jeder Zeit abwechselnd um die Gunst der Amerikaner und Engländer. Es ist schon eine auffallende Erscheinung, daß während des englischen Wahlkampfes eine Vertretung englischer Kaufleute und Industrieller in der Stärke von nahezu 100 Mann die Heimat verließ und einer Einladung Sowjetrußland folgend, sich nach Moskau begab, um an Ort und Stelle zu sehen und zu untersuchen, wie es um die Wiederaufnahme handelspolitischer Beziehungen bestellt ist. Trotz des scharfen Vergehens der englischen Polizei im Arcosgebäude der Londoner Handelsvertretung Sowjetrußlands waren die Handelsbeziehungen zwischen England und Sowjetrußland eigentlich nie ganz abgedrochen, denn Moskau konnte auf den englischen Markt nicht verzichten und mußte außerdem eine Reihe von Spezialprodukten aus England beziehen.

Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen England und Sowjetrußland, eine der unrittlichsten Handlungen Sir Austen Chamberlains, führte dazu, daß im russischen Außenhandel die Engländer durch die amerikanische und deutsche Industrie nahezu völlig verdrängt wurden. Im letzten Jahre betrug der Anteil des deutschen Handels an der russischen Einfuhr über 10 Prozent der deutschen Gesamteinfuhr, während im Jahre 1913 es nur 8 Prozent der Gesamteinfuhr waren. Das gab den englischen Kaufleuten und Industriellen sehr zu denken. Die Bedeutung der Studienreise der Engländer steht daher, wie die „Prawda“ schonhaft ausdrückt, „in unmittelbarem Verhältnis zu dem Schaden, den der Abbruch der diplomatischen Beziehungen der britischen Produktion feinerzelt zuzufügt.“

Man hatte erwartet, daß die Sowjetrußen, die es meisterhaft verstehen, Politik und Handel miteinander zu verquiden, auch den Besuch der Engländer dazu benutzen würden, politische Geschäfte zu machen. Das ist jetzt mit aller Deutlichkeit geschehen. G. V. Piatakow, der Vorsitzende der russischen Staatsbank, sagte am Sonntagabend den englischen Industrievertretern, daß bei den unregelmäßigen Beziehungen Rußlands zu England die Einfuhr von englischen Waren notwendigerweise auf einen ganz unbedeutenden Umfang beschränkt werden müßten. „Wir werden in England lediglich von Fall zu Fall Bestellungen machen.“ Diese werden nur insoweit erfolgen, als sie für Sowjetrußland bequem und vorteilhaft sind. Wenn es aber gelingen sollte, eine für beide Teile befriedigende Verständigung zu erzielen und gleichzeitig ein für beide Teile befriedigendes Finanzprogramm vereinbart werden könnte, so wird Sowjetrußland in England Bestellungen im Betrage von 150 Millionen Pfund Sterling (das sind 3 Milliarden RM) vergeben können. Eine weitgehende wirtschaftliche Zusammenarbeit Englands mit Sowjetrußland, schloß Piatakow, ist lediglich bei der Wiederaufnahme normaler diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Regierungen möglich.

Unabhängig seiner Rede verständete der russische Staatsbankpräsident auch das Wiederaufbauprogramm der Sowjetregierung, das für die nächsten fünf Jahre Neuanlage in der Höhe von 54 Milliarden Rubel vorsieht. Diese Ankündigung soll bei den Engländern natürlich die schönsten Aussichten für die nächste Zukunft erwecken, die die Londoner Finanz einladen, in Sowjetrußland Geschäfte zu machen und der Regierung Großbritanniens sagen, daß die wirtschaftlichen und sozialen Ärdie Englands beseitigt werden können, namentlich das schwierige Arbeitslosenproblem, wenn London sich einschließt, die diplomatischen Beziehungen mit Moskau wieder aufzunehmen.

Als die englische Handels- und Industrievertretung am Sonntagabend Moskau verließ, um zunächst einmal mehrere Tage hindurch die Industrien um Leningrad zu studieren, wußte jeder alle Welt, daß große Aufträge von den Sowjetrußen nicht vergeben werden, solange nicht die Verhandlungen zur Wiederherstellung normaler diplomatischer Beziehungen wenigstens eröffnet sind. Davon kann aber jetzt am Vorabend der Wahlen kein Rede sein. Ueberdies macht die „Prawda“ darauf aufmerksam, daß in der englischen Delegation auch nicht ein Vertreter einer einzigen englischen Bank sich befindet. Dabei ist zu bedenken, daß die großen deutschen Geschäfte stets auf der Grundlage von Krediten getätigt wurden, während bis heute weder die britische Industrie noch die englische Bankwelt sich zur Finanzierung langfristiger Kreditgeschäfte mit Sowjetrußland einschließen konnten. Darin dürfte in Großbritannien erst dann ein Wandel eintreten, wenn am Abend der nächsten Unterhauswahlen die Konservativen Baldwin eine Wahlniederlage zu verzeichnen haben.

Es muß jedoch bemerkt werden, daß die amtlichen Kreise Englands in letzter Zeit sich gegen eine Annäherung an Sowjetrußland nicht mehr so durchaus ablehnend wie früher verhalten. Die Zuspitzung der englisch-amerikanischen Beziehungen dürfte auch hier herinspielen. Für die englischen Kaufleute und Industriellen wesentlich ist freilich der Verkauf der Russengeschäfte und die statistisch ausweisbar

Tatsache, daß die Amerikaner und die Deutschen von Jahr zu Jahr die Engländer mehr aus Rußland hinausdrängen. Günstig für die Engländer ist die notariische Verquickung von Politik und Wirtschaft durch die Sowjetrußen und die Taktik der Herren des Kreml abwechselnd einmal das amerikanische und dann das englische Kapital zu pöuffieren und zu Investitionen in Russengeschäften einzuladen. Diese russische

Die Koalitionsverhandlungen

Ueber die gestrigen Besprechungen des Reichskanzlers mit den Parteiführern, die nachmittags stattfanden, weiß das „Berliner Tageblatt“ zu berichten: Die Stimmung der Teilnehmer war beim Zusammentritt im ganzen schwermütlich, wenn man sich auch die Schwierigkeiten nicht verhehlt, die bei den Sozialdemokraten wegen der Gegensätze in der zweiten Rate für den Parteitag bestehen, und die erfahrungsgemäß auch bei der Volkspartei bis zum letzten Augenblick noch entstehen können. Man nimmt allerdings an, daß die Volkspartei in ihrer Fraktionsführung am Dienstagnachmittag durch den Parteiführer Dr. Stresemann zu einer klaren Stellungnahme — zur Koalitionsfrage und auch zu der Frage der Führung Stresemanns — veranlaßt werden dürfte.

Die Konferenz ergab weitgehende Übereinstimmung in Bezug auf die Staatsfragen. Dagegen traten die bereits ange deuteten Schwierigkeiten politischer Natur in dieser Besprechung klar hervor.

Am die gemeinsame Besprechung schloß sich eine Sonderberatung des Reichskanzlers mit den Vertretern der Sozialdemokraten und Deutschen Volkspartei, daran wiederum eine solche des Kanzlers mit den Sozialdemokraten allein.

Keine Beschlüsse in der Parteiführerbesprechung

In der zweitägigen Besprechung der Parteiführer beim Reichskanzler wurden irgendwelche Beschlüsse nicht gefaßt. Die Entscheidung wurde vielmehr den Fraktionen vorbehalten, die am Dienstag Sitzungen abhalten.

Appell der Gewerkschaftsinternationale an den Abrüstungsausschuß.

Nach dem Beispiel des Exekutivkomitees der Zweiten Internationale, dem sich — wie bereits gemeldet — Hunderte von sozialistischen Vereinen und Verbänden angeschlossen haben, hat auch die Internationale Gewerkschaftszentrale in Amsterdam an den Vorbereitenden Abrüstungsausschuß einen Appell gerichtet, in dem dieser dringend aufgefordert wird, in seiner nächsten Tagung, die in acht Tagen beginnt, die Vorarbeiten für die Abrüstungskonferenz energisch wieder aufzunehmen, damit entsprechend dem Beschluß der letzten Völkerbundversammlung die Internationale Abrüstungskonferenz noch in diesem Jahre einberufen werden könne.

Bombenanschlag

In der indischen Gesetzgebenden Versammlung

In der Gesetzgebenden Versammlung in Delhi wurden gestern in dem Augenblick, als der Präsident sich erhob, um vor dem besetzten Hause das Wort zu ergreifen, zwei Bomben geworfen. Eine Bombe fiel vor dem Finanzminister Sir George Scuster zu Boden. Einige Mitglieder der Versammlung wurden verletzt. Zwei Männer, die Bomben und Revolver im Besitz hatten, wurden verhaftet.

Sir George Scuster und andere Personen wurden ins Krankenhaus gebracht. Die Polizei sperrte sofort das ganze Parlamentsgebäude ab und verbot die das Umhergehen der Besucher. Der Sitzungssaal bot einen schrecklichen Anblick. Zahlreiche Abgeordnete bluteten stark. Drei Bänke der Regierungspartei waren vollkommen zerstört. Der Vorsitzende des Verfassungsausschusses, Sir John Simon, befand sich in der Nähe des Präsidenten, als die Bomben fielen. Zusammen mit den Bomben wurde ein rotes Flugblatt mit dem Kopf „Hindustanische Sozialistische Republikanische Armee“ und der Unterschrift ihres Führers Balraj in dem Saal geworfen. Die beiden Verhafteten heißen Butake Suara und Bagasiking. Sie erklärten, aus Bengalen und aus dem Pundschab zu stammen und sollen geständig sein.

Böhmen und Reparationen

Ueber die Lohnfrage der Reichsarbeiter haben am Montag im Reichsfinanzministerium in Gegenwart des Reichsfinanzministers Besprechungen mit Vertretern der am Tarifvertrag beteiligten Organisationen stattgefunden. Das Reichsfinanzministerium hat dabei laut „Botschafter“ den Standpunkt vertreten, daß es aus staatspolitischen Gründen angebracht erscheine, die Lohnverhandlungen bis nach Abschluß der Reparationsverhandlungen zu vertagen. Trotz dieses grundsätzlichen Standpunktes hat sich das Reichsfinanzministerium jedoch bereit erklärt, die Lohnverhandlungen am Freitag, dem 12. April, erneut aufzunehmen. Die in Frage kommenden Organisationen haben im Anschluß an die Besprechung mit dem Minister zu der Lage Stellung genommen. Sie teilten den vom Reichsfinanzministerium eingenommenen Standpunkt nicht, behielten sich aber vor, ihre weitere Stellungnahme vor dem Ergebnis der für Freitag angelegten Verhandlungen abhängig zu machen.

Politik und Taktik spricht zwar allen kommunistischen Theorien Hohn, sie zeigt aber offenkundig, daß Stalin und Genossen nicht mehr den alten und selten kommunistischen Glauben besitzen, daß sie aus eigener Kraft und ohne Hilfe des Kapitalismus Sowjetrußlands Volkswirtschaft wieder aufbauen können. Davon haben die ahnungslosen Engländer unserer deutschen kommunistischen Partei freilich keinen Schimmer.

Neuwahlen in Dänemark

Die politische Krise — Der Streit um Heer und Flotte Ein heftiger Wahlkampf

Dänemark brach bis in die letzten Wochen hinein ein Bauernkabinett Radben-Nygaard, das unmittelbar vor dem von der konservativen Partei gestürzt wurde. Die Vorgänge, die zum Sturz des Bauernkabinetts führten, haben weit über Dänemark hinaus allgemeines Interesse, weil sie die außenpolitischen Entwicklungsbedingungen zahlreicher europäischer Staaten grell beleuchten.

Das dänische Bauernkabinett trieb die Politik der radikalen Bauern Dänemarks. Diese sind bei ihrer ganzen Einstellung daran interessiert, daß die sozialen Ausgaben eingeschränkt werden und die Steuerlasten sich mindern. Das Kabinett Radben-Nygaard hielt sich an diese politische Linie mit dem Erfolg, daß es von Woche zu Woche unbesiegt wurde. Zur brennenden politischen Krise kam es aber erst über den Streit um Heer und Flotte in Dänemark. Bei der politischen Zusammensetzung des Folketings, der gemeinsamen dänischen Kammer, konnten sich die linken Bauern nur halten, wenn die Konservativen sie stützten. Man schob sich in den letzten Wochen die Militärfrage in den Vordergrund der parlamentarischen Arbeiten. Lange Verhandlungen wurden gepflogen, um eine Einigung zwischen den linken Bauern und den Konservativen herbeizuführen. Die militärischen Sachverständigen des Landes hielten eine Heeresreform für unbedingt notwendig und arbeiteten ein Programm aus, das für das laufende Budgetjahr nicht weniger als 33 Millionen Kronen erforderte. Die Bauernlinie, die an ihr Sparprogramm gebunden war und wegen höherer Militärausgaben keine neue Steuern riskieren konnte, trat für eine wesentliche Herabsetzung der Militärausgaben ein. Nach ihren Vorschlägen sollte die Kavallerie völlig verschwinden und durch einige Bataillone berittener Infanterie ersetzt werden. Zwei Bataillone Radfahrer ersetzt werden. Außerdem forderte das Regierungsprogramm die Streichung eines Infanterieregiments und die Herabsetzung der Dienstzeit von 160 auf 120 Tage.

In den Vergleichsverhandlungen der Bauernlinie mit den Konservativen gab das Kabinett insofern nach, als es das Jahresbudget für Heer und Flotte von 40,2 auf 42,4 Millionen Kronen erhöhen wollte. Die Konservativen überließen gingen von 53 auf 46 Millionen Kronen zurück. Zur allgemeinen Ueberraschung konnte diese verhältnismäßig kleine Differenz nicht ausgeglichen werden, so daß die Vergleichsverhandlungen hoffnungslos scheiterten.

Die Politik der Landesverteidigung führte dazu, daß das Kabinett Radben-Nygaard von dem Könige die Auflösung des Folketings sich erbat und auch tatsächlich erhielt. Als die Konservativen im Verein mit den Sozialdemokraten das Budget ablehnten, folgte die Auflösung des Folketings auf dem Fuße nach. Der nächste Wahlkampf, der jetzt auf seiner Höhe ist, wird mit einer Schärfe durchgeführt, wie ihn das Land noch selten sah. In seinem Mittelpunkt steht das Problem der Landesverteidigung, das jetzt nicht zum ersten Male das Land in eine politische Krise versetzt. Die Organisation von Heer und Flotte in Dänemark beruht gegenwärtig auf einer vorläufigen Einrichtung aus dem Jahre 1922, die im Soldaten des Völkerbundes den damaligen Abrüstungsbestrebungen entwich. Das sozialistische Ministerium Stauning, das drei Jahre später eine durchgreifende Abrüstung herbeizuführen wollte, vermochte zwar im Folketing eine knappe Mehrheit zu erzielen, doch scheiterte es völlig am Landsting, der konservativen ersten Kammer des Landes.

Die von der konservativen Volkspartei erzwungene Auflösung des Folketings wird vielfach als eine Desperado-politik charakterisiert. Auf Grund der dänischen Gemeindegewahlen, die vor wenigen Wochen stattfanden, muß nämlich mit einem starken Anwachsen der sozialistischen Stimmen bei den unmittelbar bevorstehenden Wahlen gerechnet werden. Die Sozialdemokratische Partei ist die einzige, die mit guten Aussichten den Wahlkampf führt. Die radikale Linke dürfte in den Südländern weiterhin an die Sozialdemokratie Stimmen und Mandate verlieren. Wie die Konservativen Partei bei ihren Auseinandersetzungen mit der Bauernlinie Stimmen gewinnen will, ist vorerst ihr tiefes Geheimnis. Die Konservativen halten sich verpflichtet, die überlieferte Militärpolitik zu verteidigen, doch müssen sie sich als kluge Politiker fügen, daß ohne starken Zug nach rechts diese Militärpolitik in Dänemark gar nicht durchzuführen ist. Von einer derartigen politischen Neuorientierung der Wählerschaft ist im Lande jedoch nichts zu verspüren.

Am aufgelösten Folketing verfügten die linken Bauern über 47 Mandate und die konservative Gruppe über 28. Die Sozialdemokraten nahmen 58 Sitze ein und die Radikalen 16. 4 Unabhängige, darunter ein Deutscher aus Schleswig, bildeten den Rest der Abgeordneten. So lange die Konservativen das Bauernkabinett stützten, verfügte der Regierungssoldat im Folketing über 76 Stimmen gegen 69 Stimmen der Opposition, die sich aus den Sozialdemokraten und den Radikalen zusammensetzten. Am 24. April, dem Wahltag in Dänemark, beharrt es somit nur einer ganz geringen Verschiebung, um die Regierungsbildung im Folketing zu ermöglichen.

umlungner, in die je...
arbeit frül...
nerturmer...
aten unter...
zu Frei...
Schwim...
ben Frei...
Zufi nach...
ngen de...
im Part...
mähm auf...
nge sowi...
ich berich...
urg an de...
26. Ma...
enquarte...
che 58 g...
dal an be...
Bautur...
Wassch...
gab dann...
wobei auc...
t wurde...
vom Deut...
feierliche

stelt der...
te die...
ensurnest...
Zahl der...
turnwart...
schlechte...
betrunnen...
te ihrer...
Jone I...
die volle...
gemeinen...
ung des...
4 Kur...
für das...
Waiden...
aufinder...
turnwart...
auftrauen...
en. Das...
et. Ueber...
in einem...
Bautur...
Waiden...
turnwart...
die Ur...

oben...
Montag...
während...
befindet...
Dort...
Anaben...
idungen...
en, daß...
Frau in